

Ich sage Ihnen aber auch: Die Bundesrepublik Deutschland hat die NPD überlebt. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Republikaner überlebt. Und die Bundesrepublik Deutschland wird auch die AfD überleben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der AfD)

Die NRW-Koalition steht für Weltoffenheit, für Leistungsbereitschaft und für Aufbruch.

(Zuruf von der AfD: Davon ist nichts zu merken! Das ist neu!)

Wir wollen mit Nordrhein-Westfalen Schritt für Schritt an die Spitze – mit Demut vor den Bürgerinnen und Bürgern, aber voller Elan und mit Begeisterung für die Sache und für unser wunderschönes Bundesland.

Ich freue mich auf eine erfolgreiche Legislaturperiode mit unserem Ministerpräsidenten, mit den Koalitionsfraktionen und mit einer konstruktiven Opposition. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Ist das richtig? – Das ist der Fall. Damit schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1.

Meine Damen und Herren, bevor wir zu Tagesordnungspunkt 2 kommen, spreche ich im Nachgang zu Tagesordnungspunkt 1 der gestrigen Sitzung eine nichtförmliche Rüge aus. Sie betrifft den Abgeordneten Dr. Blex von der AfD-Fraktion. Herr Dr. Blex hat sich mit einem Zwischenruf bei der Einbringung der Regierungserklärung unparlamentarisch verhalten. Die von ihm verwendete Formulierung werde ich nicht wiederholen.

Herr Kollege Dr. Blex, ich ermahne Sie und fordere Sie auf, derartige Äußerungen zukünftig zu unterlassen. Andernfalls müssen Sie mit einer förmlichen Rüge rechnen.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, damit rufe ich auf:

## **2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Nachtragshaushaltsgesetz 2017)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/538

erste Lesung

In Verbindung mit:

### **Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2017)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/539

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Landesregierung Herrn Minister Lienenkämper das Wort. Bitte sehr.

**Lutz Lienenkämper,** Minister der Finanzen: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach sieben Jahren rot-grüner Landesregierung haben wir bereits bei der Regierungsübernahme erwartet, dass es mit den Landesfinanzen nicht zum Besten steht.

(Martin Börschel [SPD]: Und dann wurden Sie eines Besseren belehrt! Sehr gut!)

Wir haben gedacht, wir seien vorbereitet. Aus der Opposition heraus hatten wir schon manches gesehen und vieles kritisiert. Dennoch muss ich Ihnen sagen: Die letzten Monate waren für uns ein echter Crashkurs. Wir haben eine ganze Reihe neuer Erkenntnisse gewonnen. Ich muss Ihnen offen gestehen: Der Blick ins nordrhein-westfälische Kassensbuch hat mich erschüttert, und zwar nachhaltig.

Ich hätte mir ehrlich gewünscht, die Voraussagen meines Vorgängers wären eingetroffen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Aber Sie haben sie doch übernommen!)

Ich hätte mir wirklich gewünscht, unser Land hätte einen solchen Haushalt gehabt, wie er uns von Rot und Grün vollmundig versprochen worden ist – einen Haushalt ohne Schulden, einen Haushalt mit Überschüssen, einen Haushalt, der für alle Nordrhein-Westfalen die Voraussetzungen schafft, sich in unserem Bundesland sicher zu fühlen, einen Haushalt, in dem die Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger sichergestellt ist, einen transparenten, ehrlichen Haushalt ohne Buchungstricks.

Das alles wäre mein Wunsch gewesen. Leider muss ich Ihnen heute noch einmal sagen: Das Gegenteil ist der Fall.

Ganz offenbar hatten die Bürgerinnen und Bürger ein ausgesprochen gutes Gespür. Sie haben geahnt, dass da Anspruch und Wirklichkeit meilenweit auseinanderfallen. Genau deswegen haben sie im Mai dieses Jahres so gewählt, wie sie gewählt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mancher kürte meinen Vorgänger zum Robin Hood der Steuerzahler. Manch anderer zeigte ihn schon

damals mit der Pinocchio-Nase. Ich will das nicht entscheiden. Aber drei Fakten sind jedenfalls klar: Bestehende Haushaltsrisiken wurden ausgeblendet, wesentliche Politikbereiche sind unterfinanziert und angekündigte Mehrausgaben in Milliardenhöhe zur Umsetzung rot-grüner Wahlversprechen wurden in dem Zahlenwerk überhaupt nicht abgebildet.

Meine Damen und Herren, es ist gut, dass wir diesem Schauspiel jetzt ein Ende setzen und mit uns wieder Verlässlichkeit und Seriosität in die Finanzpolitik dieses Landes einkehren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Neue Schulden ziehen ein!)

Mit dem Nachtragshaushalt 2017 stellen wir daher zu erwartende Haushaltsverbesserungen aus dem Vollzug 2017 mit einem Volumen von 1,665 Milliarden € in den Haushalt ein. Wir erwarten zusätzliche Steuereinnahmen von 1,265 Milliarden € und geringere Ausgaben beim Personal von rund 400 Millionen €. Die Steuereinnahmen sind bis zum August 2017 um 7,5 % gestiegen. Wir liegen damit deutlich über der Vorgabe im Haushalt. Beim Personal erwarten wir zusätzliche rechnungsmäßige Minderausgaben von rund 400 Millionen €.

Klar ist: Auch mit allen diesen Haushaltsverbesserungen hätten wir den Haushalt 2017 nicht ohne Schulden ausgleichen können.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie nicht!)

Sie können mir glauben: Ich hätte gerne einen Haushalt vorgefunden, bei dem ich lediglich den aktuellen Buchungstrick von Rot-Grün beim BLB hätte rückgängig machen müssen. Dann hätten wir die Nettoneuverschuldung auf rund 800 Millionen € senken können. Wenn wir einfach nur diesen Buchungstrick, wie übrigens die Präsidentin des Landesrechnungshofes in ihrem Bericht in aller Deutlichkeit klargestellt hat, wieder zurückgenommen hätten, wären wir bei einer Neuverschuldung von rund 800 Millionen € gewesen – und damit meilenweit entfernt von der Null in 2017.

Aber das war nicht die einzige große Problematik. Schauen Sie sich nur einmal den Bereich der inneren Sicherheit an. Die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen ist mangelhaft. Das hat das Wahlergebnis mehr als deutlich gemacht. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen fühlen sich nicht so geschützt, wie wir das für richtig halten. Sie haben uns einen klaren Auftrag gegeben. Die Menschen wollen mehr Sicherheit, mehr Polizisten auf der Straße und eine bessere Innenpolitik.

Der Verfassungsschutz kann unsere Verfassung derzeit nicht so schützen, wie die Menschen das erwarten, weil er personell schlecht ausgestattet ist.

Die Polizisten, die auf der Straße für uns ihren harten Job machen, sind nicht so ausgerüstet, wie sie ausgerüstet sein müssten. Zudem schieben sie einen Überstundenberg von 3,5 Millionen Stunden vor sich her.

Im Justizvollzug sind rund 200.000 Überstunden aufgelaufen. Auch das ist ein Beleg dafür, dass die personelle Ausstattung nicht reicht.

Man kann jetzt, wie es mein Vorgänger gemacht hat, einen Haushaltsüberschuss bejubeln und gleichzeitig die innere Sicherheit in unserem Land im Stich lassen. Natürlich kann man das machen. Das ist vordergründig gut für den Haushalt. Aber es ist schlecht für unser Land Nordrhein-Westfalen und schlecht für die Menschen in unserem Land, meine Damen und Herren.

Deswegen schaffen wir mit dem Nachtragshaushalt die Voraussetzungen dafür, dass die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen schrittweise wieder besser werden kann.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das nächste Thema ist die Finanzierung unserer Kinderbetreuung. Sie ist völlig desaströs. Wir haben noch eine vielfältige Trägerlandschaft. Aber die Lage ist so erschreckend, dass sich viele Träger mittlerweile fragen müssen: Machen wir mit der Trägerschaft überhaupt weiter? Können wir bei dieser strukturellen Unterfinanzierung der eigenen Organisation überhaupt empfehlen, weiter in der Trägerschaft der Kindertagesstätten zu bleiben?

Die gesamte Struktur der Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen steht infrage. Das ist eine riesige Gefahr für die Bildung und die Qualität der Betreuung unserer Jüngsten.

Übrigens ist das auch eine riesengroße Gefahr für den Haushalt von Nordrhein-Westfalen. Denn wenn wirklich die ersten Träger abspringen würden, dann würde diese Aufgabe bei den Kommunen und beim Land verbleiben und das Land noch zusätzliches Geld kosten.

Meine Damen und Herren, man kann, wie es mein Vorgänger versucht hat, einen Haushaltsüberschuss in Nordrhein-Westfalen bejubeln und gleichzeitig unsere Kinder dramatisch unterfinanzieren. Natürlich kann man das machen. Das ist gut für den Haushalt. Aber es ist schlecht für Nordrhein-Westfalen, und es ist schlecht für die Kinder in Nordrhein-Westfalen.

Deswegen legen wir ein Trägerrettungsprogramm mit einem Umfang von 0,5 Milliarden € auf, um die schlimmsten Rückstände zu lindern und die schlimmsten Fehler zu beheben, und werden im nächsten Jahr die Verhandlungen darüber aufnehmen, eine vernünftige, qualitätsgerechte Finanzierung des Kitasystems zu erreichen. Joachim Stamp wird da intensiv verhandeln. Wir tun jetzt etwas für

die Kinder. Das ist dringend notwendig, und zwar jetzt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Beteiligung des Landes bei der Investitionsförderung von Krankenhäusern ist unzulänglich und verstößt auch gegen den Gedanken des Krankenhausfinanzierungsgesetzes. Danach sind die notwendigen Investitionskosten der Krankenhäuser von den Ländern zu tragen. Es gibt vielfältige Zahlen dazu, in welchem Umfang Nordrhein-Westfalen diesem Gedanken nicht nachkommt. Wir liegen bei den Investitionsmitteln je Einwohner nur an zwölfter Stelle der Länder und damit sogar noch unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Folge ist klar: Die Versorgung der Menschen in Nordrhein-Westfalen mit dringend notwendigen Krankenhausbehandlungen ist in Gefahr. Die Struktur der Krankenhäuser ist unterfinanziert.

Meine Damen und Herren, man kann das wieder so machen, wie mein Vorgänger es gemacht hätte: Man kann einen Haushaltsüberschuss ankündigen und bejubeln und gleichzeitig die Krankenhäuser, in denen die Menschen mit den schlimmsten Erkrankungen behandelt werden, unterfinanzieren und im Regen stehen lassen. Natürlich kann man das machen. Das ist gut für den Haushalt. Aber es ist schlecht für unser Land Nordrhein-Westfalen.

Deswegen geben wir 250 Millionen € in die Krankenhäuser, um die schlimmste Unterfinanzierung dort zu lindern.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns zur Behandlung der Kommunen beim Thema „Unterhaltsvorschuss“ kommen. Die derzeitige Regelung ist schlichtweg unfair. Im Moment zahlen die Kommunen rund 80 % des Landesanteils, das Land aber nur 20 %. Fair wäre es gewesen, diese Lasten hälftig zu teilen.

Im Interesse einer fairen Behandlung der Kommunen werden wir diesen Zustand herstellen. Wir werden die Kosten zwischen Land und Kommunen jetzt hälftig teilen und nehmen dafür eine Neuverschuldungsermächtigung von Rot-Grün in Anspruch. Wir werden eine verlässliche und gute Politik für unsere Kommunen machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Schauen Sie sich die Weiterbildungseinrichtungen in unserem Land an. Rot und Grün haben die Träger dieser Einrichtungen – ähnlich wie bei den Kindertagesstätten – in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Bislang werden nämlich alle Zuschüsse, die sich nach dem Weiterbildungsgesetz ergeben, im Haushaltsgesetz wieder pauschal um 5 % gekürzt. Das ist nicht nur widersinnig, sondern auch unvernünftig.

Deswegen werden wir diese Regelung aus dem Haushaltsgesetz beseitigen, sodass unsere Weiterbildungseinrichtungen einen vollen, ungekürzten Zuschuss erhalten. Das ist das, was sie verdienen. Denn Bildung ist eines der wesentlichen Elemente der Politik unserer NRW-Koalition. Wir wollen Aufstieg durch Bildung ermöglichen und nicht unsere Weiterbildungsinstitute schlecht behandeln und unterfinanzieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich könnte das jetzt weiter fortführen, will aber nur noch auf ein Thema eingehen, nämlich das Phoenix-Portfolio. An diesem Beispiel zeigt sich nämlich exemplarisch die unterschiedliche Grundeinstellung zur Haushaltspolitik von uns und der Vorgängerregierung.

(Zuruf von der SPD: Ja, das stimmt!)

Für die Inanspruchnahmen aus der Garantie hatte mein Vorgänger Helmut Linssen 2008 und 2009 dem Risikofonds vorsorglich Mittel in Höhe von 1,24 Milliarden € zugeführt. Nach Bewertung unserer Fachleute liegt dort jetzt noch ein nicht abgedecktes Risiko für das Land in Höhe von rund 2,3 Milliarden €. Die Vorgängerregierung hat aber weder im Haushalt noch in der mittelfristigen Finanzplanung noch irgendwo sonst Vorsorge für die jedenfalls möglichen Entwicklungen getroffen.

Hier ist es so, wie es bei Risiken eben ist: Sie können eintreten; sie können teilweise eintreten; sie können vielleicht auch nur in geringem Umfang eintreten. Ganz genau kann man das nicht vorhersagen. Aber eines kann man vorhersagen, meine Damen und Herren. Seriöse Haushaltspolitik bedeutet: Wenn ein solches Risiko für das Land Nordrhein-Westfalen eintritt, dann müssen wir vorbereitet sein; dann müssen wir reagieren können.

Deswegen schaffen wir die Voraussetzungen dafür jetzt mit dem Nachtragshaushalt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Nachtragshaushaltsgesetz enthält aus unserer Sicht nur die dringendsten Handlungsbedarfe. Es ist ein Gesetz zur Reparatur von Fehlern, die Rot-Grün gemacht hat und die es zwingend zu korrigieren gilt.

Wahr ist aber auch: Wir können das nicht alles in einem Nachtragshaushalt reparieren. Vieles mehr wäre notwendig gewesen; vieles ist noch zu ändern.

Der erste eigene Haushalt, der unsere Handschrift trägt und unsere politischen Schwerpunkte abbildet, wird daher der Haushalt 2018 sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns nicht gescheut, eine klare, eine eindeutige und eine transparente Darstellung der Haushaltssituation zu liefern. Das ist jetzt die

Schlussbilanz von Rot-Grün – mit rot-grünen Schulden für rot-grüne Fehler.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden ab jetzt das Land wieder nach vorne bringen – mit aller Konsequenz und pragmatisch. Wir werden zuhören, entscheiden und dann handeln. Das machen wir Schritt für Schritt. Wir nehmen den Wählerauftrag ernst.

Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich wieder besser dasteht. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen ein Aufsteigerland wird. Wir wollen, dass die Menschen in unserem schönen Land Nordrhein-Westfalen wieder in die Lage versetzt werden, mit eigener fleißiger Arbeit zu ihrem Aufstieg beizutragen. Wir wollen, dass sie eine Landesregierung haben, die ihnen Rahmenbedingungen setzt, die genau das ermöglichen. Wir wollen das, was in diesem Land lange verborgen war, wecken. Wir wollen den Menschen ermöglichen, etwas zu erreichen.

Dafür legen wir heute den Grundstein. – Ich freue mich auf die Beratungen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Moritz das Wort.

**Arne Moritz (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das, worüber wir heute beraten, ist das, was notwendig ist, um zunächst einige, vielleicht die gravierendsten, Fehler aus der siebenjährigen Regierungszeit der rot-grünen Landesregierung zu beheben. Für Nordrhein-Westfalen waren es sieben verheerende Jahre, die viel Substanz gekostet haben.

Lassen Sie uns zunächst einmal zurückblicken, um uns vor Augen zu führen, was die Leistungsbilanz der rot-grünen Landesregierung in den letzten sieben Jahren war. Diese ehemalige Landesregierung hat unser Land in zentralen Feldern auf die Schlusslichtplätze im Ländervergleich geführt.

Nordrhein-Westfalen ist mit 52.578 Wohnungseinbrüchen Einbruchsländ Nummer eins. Die niedrigste Aufklärungsquote von 16 % aller Einbruchsfälle macht NRW zu einem äußerst attraktiven Tatort. Viele Menschen fühlen sich in ihrer Heimat nicht mehr sicher.

Nordrhein-Westfalen hat mit 7,2 % die höchste Arbeitslosenquote aller westdeutschen Flächenländer. Während die Zahl der Arbeitslosen seit Amtsantritt der Regierung Kraft in den übrigen Bundesländern um 14,6 % gesunken ist, ist sie in NRW nur um 5,6 % zurückgegangen. Bei einer Entwicklung entsprechend dem Schnitt der übrigen Länder wären heute

in Nordrhein-Westfalen 70.000 Menschen weniger arbeitslos.

Mehr als eine halbe Million Kinder in NRW leben in Armut. Fast jedes fünfte Kind bei uns ist von Armut betroffen. In keinem anderen Flächenland Westdeutschlands gibt es eine höhere Kinderarmutsquote als bei uns. Das Motto der ehemaligen Landesregierung „Kein Kind zurücklassen!“ klingt in diesem Zusammenhang fast wie Hohn für die betroffenen Kinder und Familien.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dass es zunehmend Kinder unter drei Jahren und damit die Kleinsten und Schwächsten in unserer Gesellschaft trifft, macht die ganze Situation nur noch dramatischer.

Nordrhein-Westfalen ist im bundesweiten Vergleich Schlusslicht bei der U3-Betreuungsquote. Diese hat sich im Vergleich zum Vorjahr im Jahr 2016 laut Statistischem Bundesamt sogar um 0,2 Prozentpunkte verschlechtert.

Nordrhein-Westfalen ist Stauland Nummer eins. Im Jahr 2016 gab es in Nordrhein-Westfalen 388.382 km Stau. Damit hat sich die Länge der Staus seit dem Jahr 2012 fast verdoppelt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wir sind jetzt nicht mehr im Wahlkampf!)

– Frau Düker, ich kann mir vorstellen, dass es wehtut, den Spiegel vorgehalten zu bekommen. Aber bei der Haushaltsdebatte müssen Sie das einfach ertragen. Es tut mir leid für Sie.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nordrhein-Westfalen hat bundesweit die höchsten Hebesätze für Gewerbesteuern und Grundsteuern, wie aus einer Studie der Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young hervorgeht. Schaut man sich die Kommunalsteuern im Bundesvergleich an, wird deutlich, dass die rot-grüne Kommunalpolitik vor allem eines zum Ergebnis hatte: kommunale Steuererhöhungen.

Meine Damen und Herren, für das Jahr 2017 wollte die rot-grüne Landesregierung 1,6 Milliarden € neue Schulden machen. Das wäre mehr gewesen als alle anderen Bundesländer zusammen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Genau wie Sie es jetzt machen!)

Der Schuldenberg hat sich zum Ende des Jahres 2016 auf fast 144 Milliarden € angehäuft. Seit 1973 hat Nordrhein-Westfalen fast 139 Milliarden € an Zinsen ohne Tilgung bezahlt. Somit wurden netto nur 5 Milliarden € in die Zukunft investiert. Was aber bleibt, sind Schulden und zukünftige Zinsbelastungen.

(Beifall von der CDU)

Zum Glück und dank der Bürger in Nordrhein-Westfalen hat die rot-grüne Misswirtschaft seit dem 14. Mai 2017 ein Ende. Die Bürger konnten die rot-grüne Haushaltspolitik nicht mehr akzeptieren. Wie kann man auch etwas akzeptieren, was im Großen und Ganzen mit „TTT“ zu umschreiben ist, meine Damen und Herren, nämlich Täuschen, Tarnen und Tricksen?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei diesen drei Ts fällt einem zuerst der BLB ein – und da zuerst die Trickserei mit den Sondertilgungen. Herr Zimkeit, 2016 leistete der BLB eine vorher nicht vereinbarte Sondertilgung von 585 Millionen €. Diesen 585 Millionen € sollten 2017 noch einmal 300 Millionen € folgen – alles nur, um den Haushalt schönzurechnen und über gemachte Fehler hinwegzutäuschen.

Wir als CDU-Fraktion haben immer darauf hingewiesen, dass diese Trickserei zu finanziellen Nachteilen für den Kernhaushalt des Landes führt und ausschließlich den BLB begünstigt.

Daher war es notwendig, diese selbst durch den Landesrechnungshof in seinem neuesten Bericht attestierten Buchungstricks bereits im Nachtragshaushalt 2017 zu korrigieren.

Da die Rückgängigmachung dieses Buchungstricks von Rot-Grün in Höhe von 885 Millionen € denknotwendigerweise zumindest vor dem geistigen Auge aus den Mehrausgaben des Nachtragshaushaltes 2017 herausgerechnet werden muss, sprechen wir in diesem Zusammenhang nur noch von einer Nettoneuverschuldung von 665 Millionen €. Das ist fast 1 Milliarde € Neuverschuldung weniger als von der rot-grünen Vorgängerregierung trotz Buchungstricks veranschlagt.

(Beifall von der CDU)

Damit sind die Tricksereien noch nicht vorbei, meine Damen und Herren. So wurde mit kw-Vermerken bei den Stellen getäuscht, um die mittelfristige Finanzplanung zu frisieren. Zudem wurden die Zahlungen an den Pensionsfonds abgesenkt, um den Haushalt zu schönen.

Dieses Täuschen, Tarnen und Tricksen ist jetzt dank der Bürger in Nordrhein-Westfalen zu Ende; denn keiner lässt sich gerne für dumm verkaufen.

(Beifall von der CDU)

Die Schönrederei ist jetzt vorbei. Jetzt ist die Zeit für die Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen. Jetzt ist die Zeit für eine umfassende Kurskorrektur der Wirtschaftspolitik. Jetzt ist die Zeit für eine wirksame Bekämpfung der Kinderarmut. Jetzt ist die Zeit für Spitzenplätze bei schulischen Leistungsvergleichen. Jetzt ist die Zeit für Spitzenforschung und Spitzenlehre an Hochschulen. Jetzt ist die Zeit für Vorfahrt

statt Staustopp. Jetzt ist die Zeit für offene, glaubhafte und vor allen Dingen wahre Haushaltspolitik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit dem Nachtragshaushalt 2017 ist ein erster wichtiger Schritt getan, um die verheerenden Fehler der rot-grünen Landesregierung zu korrigieren. Das kann und darf aber nur ein Anfang sein, um Nordrhein-Westfalen wieder dahin zurückzuführen, wo das Land hingehört: an die Spitze. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Moritz. – Jetzt hat für die SPD der Kollege Börschel das Wort. Bitte sehr.

**Martin Börschel (SPD):** Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister, Sie haben eben in Ihrer Rede und auch im Vorfeld zur Einbringung des Nachtragshaushalts immer wieder von einem Reparaturhaushalt oder von einem Reparaturgesetz gesprochen.

Jetzt habe ich mir überlegt: Wie kommen die eigentlich auf diese Reparatur-Parallele? Da ist mir eingefallen, dass der WDR gelegentlich seine Verbraucherschützer in die Lande schickt. Er lässt dann Gebrauchsgegenstände – Autos, Kühlschränke und Ähnliches – in Reparatur geben und überprüft dabei, ob den Verbraucherschützern möglicherweise eine überhöhte Rechnung ausgestellt wird, ob sie betrogen werden, ob Dinge in Rechnung gestellt werden, die überhaupt nicht reparaturbedürftig sind.

Ich muss ganz ehrlich sagen: An diese WDR-Sendung fühle ich mich erinnert. Denn der WDR schickt die Verbraucherschützer natürlich erst los, nachdem er einen wirklichen Check-up gemacht haben, also genau geschaut hat: Wie ist denn der Gegenstand, den man zur Reparatur gibt, eigentlich in Schuss?

Da ich kein so guter Geschichtenerzähler bin wie Sie, werden Sie sich denken können, was jetzt meine Pointe sein soll. Wir haben natürlich diesen Check-up gemacht. Wir haben diese Schlussbilanz gezogen. Noch in dieser Wahlperiode hat Ihr Vorgänger, Landesfinanzminister Walter-Borjans, schwarz auf weiß auf vielen Hundert Seiten Papier dargelegt, wie es um die finanzielle Situation des Landes Nordrhein-Westfalen bestellt ist.

(Ralf Witzel [FDP]: Wieder getrickst!)

Ich bin schon einigermaßen erschüttert, wenn ich sehen muss, wie künstlich dumm Sie sich hier bei Regierungsübernahme stellen. Ich bin immer davon ausgegangen und habe Herrn Laschet auch gestern so verstanden, dass Sie auf die Regierungsübernahme vorbereitet gewesen seien. Und jetzt tun Sie

so, als sei für Sie alles neu und ein böhmisches Dorf. Das macht mich doch einigermaßen ratlos, muss ich ganz ehrlich sagen.

(Beifall von der SPD)

Was wir regierungsamtlich auf Dokumenten und ohne Widerspruch nicht nur im Haushalts- und Finanzausschuss, sondern übrigens auch durch Ihren Nachtragshaushalt festgestellt haben, ist, dass es nach einem schuldenfreien Abschluss im Jahr 2016 auch 2017 möglich gewesen wäre, einen Landeshaushalt ohne neue Schulden aufzustellen.

(Ralf Witzel [FDP]: Wieder Trickserie!!)

Diese Zahlen – Sie haben es gerade in Ihrer Rede zugegeben – übernehmen Sie ja auch gleichsam in Ihren Nachtragshaushalt. Die Rechnung, die Sie allerdings den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes ausstellen, ist dann doch wieder mehr als gefälscht. Statt einen Überschuss im Jahr 2017 zu erwirtschaften, machen Sie über 1,5 Milliarden € neue Schulden – schwarz-gelbe neue Schulden.

(Beifall von der SPD)

Das ist gemessen an Ihren großen Ankündigungen doch wirklich sehr merkwürdig.

(Beifall von der SPD – Ibrahim Yetim [SPD]:  
Schuldenmeister!)

Selbst bei einem Höchststand der Steuereinnahmen und dem niedrigsten Stand der Zinsen haben Sie es nicht geschafft, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Und das ist es, was wir Ihnen vorwerfen. Das will ich ganz deutlich sagen.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

– Der Satz ist nicht von mir, Herr Kollege Sieveke. Da haben Sie völlig recht. Dieser Satz stammt nämlich von Armin Laschet. Armin Laschet hat ihn der alten Regierung vorgehalten, als er noch eine große Klappe hatte und nicht Regierungschef war. Genau diese Worte muss er jetzt gegen sich gelten lassen und muss der aktuelle Finanzminister gegen sich gelten lassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Ein Rekord an Steuereinnahmen und ein Rekord an Neuverschuldung – das ist das, was Sie direkt zu Beginn Ihrer Wahlperiode hier vorlegen.

Der Kollege Moritz hat hier gerade das Wort der Bundeskanzlerin noch einmal in das Rund des Parlaments eingeführt. Sie hat nämlich einen Tag vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen beklagt, dass NRW mehr Schulden mache – und das war wohlge-merkt bezogen auf eine Haushaltsnettokreditermächtigung und nicht auf reale Daten und Fakten – als alle anderen Bundesländer zusammen. Das, was die Bundeskanzlerin erklärt und was Ihr Kollege Arne

Moritz hier sagt, ist doch jetzt Ihr erstes Zeugnis. Sie machen mehr Schulden als alle anderen Bundesländer zusammen – und niemand sonst.

(Beifall von der SPD)

Wo wir schon bei Ihren Versprechungen sind: Sie waren es doch, die vor der Wahl und all die Jahre zuvor immer wieder, und zwar nachprüfbar, versprochen haben, jede neue Ausgabe, die eine Regierung Laschet machen würde, werde durch Einsparungen gegenfinanziert. Jetzt wollen Sie von diesem Geschwätz nichts mehr wissen. Davon ist außer Wortgeklingel und Versprechungen nichts übrig geblieben.

(Beifall von der SPD)

Ihr erster Haushalt baut auf einem Berg von gebrochenen Wahlversprechen auf.

So können wir gleich beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb bleiben. Auch das haben Sie angesprochen. Das ist ein reiner Bilanztrick, eine Täuschung, die dokumentiert: Sie möchten im Grunde die Planwirtschaft wieder einführen. Statt sich den BLB am Markt zu marktgängigen Konditionen refinanzieren zu lassen, zwingen Sie ihm einen Kredit des Landes auf. Das ist alles andere als liberal und alles andere als marktconform.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist ein Bilanztrick, um Ihre Bilanz für die nächsten Jahre zu verbessern und ein Finanzpolster anzulegen.

Ähnliches gilt übrigens, was Ihre gebrochenen Versprechen angeht, auch bei der Risikoabschirmung der Risiken der WestLB. Es waren doch nicht wir, sondern es waren Sie von CDU und FDP, die in der Verfassungskommission riesige Worthülsen produziert haben und den Mund ganz weit aufgerissen haben, als Sie gesagt haben, Sie seien strikt gegen solche Maßnahmen zur Umgehung der Schuldenbremse. Und das Erste, was Sie tun, ist, mit genau dieser von Ihnen selbst kritisierten Maßnahme die Schuldenbremse zu umgehen.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Wir halten die Schuldenbremse ein!)

Das ist doch wirklich skandalös, und zwar gemessen an Ihren eigenen Versprechungen – nicht gemessen an dem, was wir gesagt haben, sondern gemessen an dem, was Sie den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes gesagt haben.

Das gilt selbst bei den Maßnahmen, die wir im Grunde begrüßen. Ich will gerne das aufgreifen, was der Ministerpräsident gestern völlig zu Recht eingefordert hat. Dort, wo wir einer Meinung sind, sollten wir in der Tat auch sagen, dass wir einer Meinung sind. Diesen Punkt hat doch heute unser Fraktionsvorsitzender, Norbert Römer, in seiner Erwiderung

auf die Regierungserklärung aufgegriffen. Dann soll man das auch sagen und tun.

Jawohl, auch wir haben in unserem Wahlprogramm für die Wahlperiode ab 2017 vorgesehen, die Krankenhausfinanzierung zu verbessern. Insofern ist es in Ordnung, dass Sie das tun. Das ist in unserem Sinne.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

– Warum soll ich das nicht sagen? Darüber muss man sich doch nicht höhnisch freuen, sondern das ist ehrlich gemeint. Wir finden das gut. Das war in unserer Programmatik auch vorgesehen.

(Zuruf von der SPD: Hätte er ja schon längst machen können!)

Nur dürfen Sie dann eines nicht tun, und das ist der Pferdefuß an dieser scheinbaren Wohltat. Der stellvertretende Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Stamp, hat gerade eben noch in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gesagt – genauer müsste man sagen: in der Erwiderung auf die Erwiderungen –, das Land stelle 350 Millionen € zur Verfügung. Das ist aber gar nicht wahr. Das Land gibt nur 250 Millionen € und lässt die Kommunen 100 Millionen € mitfinanzieren.

Da frage ich Sie: Ist das gerecht? – Wir sagen: Nein! Da frage ich Sie: Entspricht das Ihren Versprechen? – Ich sage: Nein! Das ist genau der Pferdefuß an dieser Wohltat.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU] und Ralf Witzel [FDP])

Sie geben Versprechen und lassen es andere mitfinanzieren.

(Zuruf von der SPD)

Dann will ich, weil ich es meinem Kollegen, dem finanzpolitischen Sprecher, versprochen hatte, noch etwas Redezeit übrigzulassen, zunächst vorläufig auf einen letzten Punkt zu sprechen kommen.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

– Ja, wir werden noch genügend Gelegenheiten haben, freundschaftlich, freundlich, aber hart in der Sache zu debattieren.

Der letzte Punkt betrifft den Stellenaufwuchs; das wird Sie nicht besonders überraschen. Auf Seite 29 des Nachtragshaushaltsentwurfs steht schwarz auf weiß: 139 neue Stellen in der Leitungs- und Vertrauensebene von Regierung und Ministerien wollen Sie schaffen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Besser als 567! – Gegenruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Das ist hinsichtlich der Anzahl beispiellos, und die Begründung ist schamlos. Das will ich Ihnen ganz eindeutig ins Stammbuch schreiben.

(Beifall von der SPD)

Die Anzahl ist beispiellos, weil es – jedenfalls nach unserer Erinnerung – in den letzten Jahrzehnten nicht vorgekommen ist, in dieser Größenordnung und unmittelbar bei Regierungsübernahme eine derart große Anzahl an Stellen zu schaffen, und zwar nicht etwa teilweise durch Umbesetzungen, sondern komplett neue Stellen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Das wird in keiner Weise dem gerecht, was Sie vor der Wahl versprochen haben.

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU)

Es ist aber auch sachlich in keiner Weise gerecht, und deswegen ist das hier zu kritisieren, und zwar in aller Deutlichkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was ich aber ganz besonders entlarvend – ich sage es Ihnen ganz ehrlich; ich bin kein Empörungsrhetoriker – und wirklich skandalös finde, ist die Begründung, die Sie schwarz auf weiß bringen und die im Grunde Ihr Staatsverständnis auf das Schönste offenlegt. Sie sagen:

„Bei Übernahme der Regierungsverantwortung waren in den Ministerien die zentralen Positionen des Vertrauens- und Leitungsbereichs mit dem von der Vorgängerregierung ausgewählten Personal besetzt. Um neue Politik umsetzen zu können, sind an einigen Stellen“

– 139 –

„personelle Veränderungen nötig. Um auch die bisherigen Stelleninhaber adäquat und beamten- bzw. tarifrechtskonform weiterbeschäftigen zu können, sind zusätzliche Personalstellen im Haushalt notwendig.“

(Minister Lutz Lienenkämper: So ist es!)

Dazu will ich Ihnen eines ganz ehrlich sagen: Niemand würde Sie dafür kritisieren, wenn Sie Büroleitungen mit Menschen Ihres Vertrauens besetzen, wenn Sie möglicherweise noch Presseleitungen der Häuser mit Menschen Ihres Vertrauens besetzen, aber dass Sie pauschal die Leitungsebene von Ministerien Ihrer politischen Disposition unterziehen, ist wirklich aufs Höchste skandalös!

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Das hat es in der Form nicht gegeben!

(Beifall von der SPD)

Es ist ein flächendeckendes Misstrauensvotum gegen unbescholtene Beamtinnen und Beamte dieses Landes, denen Sie noch nicht einmal die Chance geben,

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU] und Minister Herbert Reul)

sich loyal zum Land Nordrhein-Westfalen zu verhalten. Das ist wirklich auf das Bodenloseste eine schamlose Offenlegung Ihres Staatsverständnisses. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen!

(Beifall von der SPD)

Wenn also der Kollege Moritz sagt,

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU] – Glocke)

„Täuschen, Tarnen und Tricksen“ sei das Motto gewesen und mit der Schönrederei sei es jetzt vorbei, dann muss einem das Lachen im Halse steckenbleiben.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Börschel ...

**Martin Börschel (SPD):** Wir haben Ihr neues Regierungsmotto gelernt: ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Börschel ...

**Martin Börschel (SPD):** ... Täuschen, Tarnen, Tricksen und Schönfärben. Das ist wirklich schlimm für Nordrhein Westfalen. Das bedauern wir sehr. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Entschuldigung, ich hätte Sie gerne unterbrochen, weil es den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Frau Kollegin Beer gab. Würden Sie die jetzt noch beantworten?

**Martin Börschel (SPD):** Ja, bitte.

(Bodo Löttgen [CDU]: Stützfrage!)

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Danke schön, Frau Präsidentin. Danke schön, Herr Kollege Börschel! Sie haben ja den eigentlichen Skandal der Stellenneubesetzungen und -ausschreibungen schon dargestellt. Ist es nicht eigentlich noch einen bisschen mehr? Ist es richtig, dass vor dem Ende von Legislaturperioden – ungeachtet der Frage, wer später die Regierung übernehmen wird – in den Häusern eine Personalpolitik gefahren wird, nach der bestimmte Stellen sowieso nicht neu besetzt werden, damit eine neue Regierung entsprechende Handlungsmöglichkeiten hat,

(Daniel Sieveke [CDU]: Aber nicht bei Rot-Grün!)

das heißt, dass dann entsprechend vorgesorgt wird? Ist das hier auch der Fall gewesen, und heißt das nicht,

(Daniel Sieveke [CDU]: Was ist das denn für eine Frage? Das ist keine Kurzintervention!)

dass entsprechende Handlungsspielräume schon vorhanden gewesen sind?

**Martin Börschel (SPD):** Frau Kollegin Beer, ich habe den Ministerpräsidenten Laschet beim Wort genommen, als er sagte, die Regierungsübernahme und die Übergabe durch die Vorgängerregierung seien außerordentlich fair verlaufen. Ich habe ihn so verstanden, dass zu dieser außerordentlich fairen Übergabe der Regierungsgeschäfte auch gehörte, der neuen Regierung unmittelbar die Aufnahme der Amtsgeschäfte nicht nur formal, sondern auch durch erste personalpolitische Entscheidungen zu ermöglichen.

(Lachen von Bodo Löttgen [CDU])

Ich muss ganz ehrlich sagen: Dass er diese faire Geste der Vorgängerregierung, die ich für mehr als selbstverständlich halte – das will ich ganz deutlich sagen –, in dieser schamlosen Art und Weise ausnutzt und im Grunde damit ein Staatsverständnis offenlegt, das in keiner Weise tolerabel ist, finde ich wirklich sehr traurig – vor allem gemessen an seinen eigenen Worten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Börschel. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Witzel.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich merke: Es wird in dieser Debatte Zeit, dass wir mal wieder den Blick auf die Realität richten.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD)

Da kann ich direkt bei der Stützfrage an meinen Vordröner anfangen. – Frau Kollegin Beer, wenn Sie sich gerne informieren wollen, wie Personalpolitik in den letzten Monaten in diesem Land stattgefunden hat, dann schauen Sie sich mal an, welche Personen aus dem engsten Leitungsumfeld der abgewählten rot-grünen Regierung in den letzten Monaten noch in sehr entscheidende, hochdekorierte Positionen in der Staatskanzlei und in den Ministerien gebracht worden sind.

(Lachen von Michael Hübner [SPD])

Schauen Sie sich an, wie Ihr Umweltminister, Johannes Remmel,



(Beifall von der FDP und der CDU – Unruhe)

massenhaft bis unmittelbar vor seiner Abwahl Stellen noch gezielt mit Leuten seines Vertrauens besetzt hat! Sie haben am Ende des letzten Jahres mit Nachtragsanträgen zum Haushalt – über das hinausgehend, was Norbert Walter-Borjans ohnehin schon in die Stellenpläne hineingeschrieben hat – reihenweise zusätzliche Stellen beschlossen – gerade im Umweltbereich –, damit Sie viele Leute, die Ihre Arbeiten dort erledigen, noch einstellen konnten.

Und wenn eine neue Regierung das Bedürfnis hat, an wichtigen Stellen für einen Politikwechsel zu sorgen und das auch durch neues Personal zu unterlegen, dem in neuen Aufgaben mehr vertraut wird, dann können wir uns über die Größenordnung unterhalten, aber nicht über den Umstand.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dass heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier ein Nachtragshaushalt vorliegt, kann doch niemanden wundern. Wir haben Ihnen das doch die letzten Monate immer wieder gesagt: Nichtstun ist Machtmissbrauch. – Das heißt doch, dass wir jetzt, auch wenn ein Großteil des Jahres vorbei ist,

(Martin Börschel [SPD]: Sie machen sich den Staat zur Beute, Herr Kollege! Sie machen sich den Staat zur Beute!)

auf der Zielgeraden zumindest versuchen, noch ein bisschen nachzujustieren.

Natürlich kann die Erwartungshaltung an einen Nachtragshaushalt nicht die sein, dass grundlegend Politikschwerpunkte neu definiert werden. Das ist ein Umsteuerungsprozess. Den werden Sie erst im Haushalt 2018 und in Teilen erst im Haushalt 2019 finden, weil eben in der Kürze der Zeit ein Riesentanker nicht völlig neu zu manövrieren ist, wie das bei einem so großen Bundesland der Fall ist. Aber Sie finden wichtige Wegweisungen.

Deshalb sagen wir Ihnen: Denken Sie neu! Sie müssen sich nach Ihrer Abwahl auch an vielen Stellen selbstkritisch prüfen, ob das, was Sie an Schwerpunktsetzungen vorgenommen haben, soweit richtig war. Jedenfalls müssen Sie uns zugestehen, dass wir auch Dinge in der Steuerung der Politik in diesem Land neu justieren und auch ausdrücklich neu ausprobieren.

Wir machen das gerne und wollen eine ehrliche Debatte haben, weil wir auch als Opposition eine ehrliche Haushaltspolitik gemacht haben. Wir hätten, was sehr einfach gewesen wäre, ja sagen können: Wir versprechen alles jetzt jedem für die nächsten Jahre! In jedem Fall übernehmen wir jeden Tarifabschluss eins zu eins! Dann machen wir uns so richtig schön beliebt als Opposition.

Das haben wir nicht. Wir haben gesagt: Auswüchse Ihrer Politik machen wir nicht mit. – Sie haben ja beispielsweise pauschal für die Leute entschieden: Wer A13 oder mehr verdient, ist so luxuriös abgesichert als Besserverdiener, dass er mehrere Jahre lang nicht einmal mehr den Inflationsausgleich bekommt.

Da haben wir gesagt: Das kann nicht funktionieren mit der Motivation im Landesdienst für Bereiche, in denen wir in den nächsten Jahren mehr Personal brauchen. Da kriegen wir nicht die besten Köpfe, wenn wir dieses Signal aussenden. Das Gericht hat uns ja dann auch recht gegeben. Wir haben trotzdem nicht eins zu eins versprochen. Das wäre ja einfach gewesen.

So haben Sie es gemacht in Ihrer alten Rolle, als wir von 2005 bis 2010 eine schwarz-gelbe Regierung hatten. Da hat Hannelore Kraft hier die Anträge unterschrieben: Es ist unanständig, Tarifabschlüsse nicht eins zu eins auch für Landesbeamte umzusetzen. – Kaum war sie im Amt, hat sie es selber genau gegenteilig gemacht. Das war Ihre Haltung. Diesen Fehler haben wir nicht übernommen, haben wir nicht kopiert. Wir haben uns in den letzten Jahren in der Haushaltspolitik ehrlich und realistisch verhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Trotzdem müssen wir natürlich mit den Realitäten umgehen. Da bitte ich Sie schon, in der Bewertung und in Ihrem Gesamturteil fair zu sein.

Wenige Tage nach der Abwahl von Rot-Grün haben sich nämlich Abgeordnete der Opposition inklusive abgewählter Minister vor laufende Kameras gestellt, Krokodilstränen in den Augen gehabt und gesagt: Das ist ja unglaublich! Es sind in unserer Stadt tatsächlich zum Schuljahresbeginn noch nicht alle Lehrerstellen besetzt.

Oder es wurde mit Krokodilstränen in den Augen verkündet: Es gibt fünf oder zehn Polizeistellen in unserer Stadt weniger zum 1. September. – Das war, als die neue landesweite Personalstärkenberechnung für die PPs erfolgt ist und man sich furchtbar traurig über diesen Umstand gab. Da hätte ich mir etwas mehr Ehrlichkeit und Realismus gewünscht.

Tatsache ist doch, dass Sie uns zu Jahresbeginn auf unsere Nachfragen im Haushalts- und Finanzausschuss immer wieder darlegen mussten, dass Tausende von Stellen gar nicht besetzt sind. Die haben Sie hier beschließen lassen von Rot-Grün. Die standen im Haushalt, aber die waren gar nicht mit Köpfen unterlegt. Da haben über 1.000 Leute gefehlt in der Finanzverwaltung, über 5.000 Kräfte im Schulbereich. Es gab 1.000 unbesetzte Stellen im Bereich des Innenministeriums. So sind Sie in das Jahr 2017 gestartet.

Dann, wenn eine Regierung wenige Wochen im Amt ist, das große Bedauern und die Trauer zu äußern,

dass noch nicht jede Stelle besetzt ist und Aufgaben noch nicht überall ideal wahrgenommen werden können, das ist keine ehrliche Haltung. Da erwarten wir auch von Ihnen in Ihrer neuen Rolle etwas mehr Realitätssinn, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Deshalb kann dieser Nachtrag natürlich nur etwas Smart-Repair leisten. Er kann die wichtigsten Schäden in der Haushaltsplanung beheben, einzelne Korrekturen auf den Weg bringen, eine neue Wegweisung andeuten, wohin sich die Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren entwickeln wird, aber es sind nicht über Nacht alle Haushaltsprobleme zu lösen. Das muss auch Ihnen vollkommen klar sein. Insofern haben Sie auch hier hoffentlich die richtige Erwartung an eine Schlussbilanz.

Wichtig ist uns, dass wir unsere Wahlversprechen einhalten. Sie versuchen ja hier den Eindruck zu erwecken, dass wir das nicht tun würden. Dazu kann ich Ihnen sagen: Es war ein zentrales Wahlversprechen, dass wir mit Trickseriei in der Haushaltspolitik aufhören. Genau das hat doch der von Ihnen so gelobte Finanzminister Norbert Walter-Borjans gemacht, und zwar schamlos am laufenden Meter einen Haushaltstrick nach dem anderen.

Insofern teilen wir auch überhaupt nicht Ihre Analyse, Sie hätten hier im letzten Jahr eine schwarze Null gehabt. Das haben Sie mit damals noch vorhandener rot-grüner Mehrheit beschließen lassen. Sie hätten auch das Parlament in einer Resolution beschließen lassen können, dass doch die Sonne in Nordrhein-Westfalen scheint. Das hätten Sie auch beschließen können. Das hätten wir aus der Minderheit heraus nicht verhindern können. Es ist aber nicht real durch Fakten unterlegt gewesen.

Sie haben jahrelange Planungen und Verabredungen für Pensionsvorsorge der Landesbeamten korrigiert, haben das gebrochen, nach unten korrigiert, das über die Zahlungszeiträume über die Jahre verschoben, um alle Kosten aus dem Jahr 2016 als letztem Jahr vor der Landtagswahl wegzubekommen.

Dann haben Sie in zwei Operationen aus dem Schattenhaushalt, dem Nebenhaushalt BLB, der eben offiziell im Kassenwerk des Landes nicht direkt fakturiert wird, weil es rechtlich gesehen ein Sondervermögen ist, fast 1 Milliarde € herausgezogen. Geld, das Norbert Walter-Borjans bei Banken am Kreditmarkt für seinen regulären öffentlichen transparenten Landeshaushalt hätte aufnehmen müssen, haben Sie Landesbetriebe zahlen lassen, und nicht deshalb, weil diese Landesbetriebe so ein Milliardenvermögen hätten und sie so unglaublich tolle Geschäftsergebnisse gehabt hätten, dass sie Gewinnabführung gemacht haben. Die mussten das selbst aufnehmen.

Sie haben also den BLB ökonomisch völlig irrsinnig zur Bank geschickt, damit er Kredite zu schlechteren

Konditionen aufnimmt als das Land, weil der BLB eine schlechtere Refinanzierung hat als die Gebietskörperschaft Land.

(Michael Hübner [SPD]: Und jetzt bekommen sie es zurück!)

Nachdem sich der BLB am Kapitalmarkt verschulden musste, hat er das Norbert Walter-Borjans in die Kasse überweisen müssen, damit er die Kredite dort nicht ausweist. Das hat mit einer ehrlichen und realistischen Politik für eine schwarze Null nichts zu tun, und das setzen wir so auch nicht fort.

(Beifall von der FDP)

Damit ist schon der quantitativ größte Teil, mehr als die Hälfte, der Nachtragsnotwendigkeit erklärt.

Was die weiteren Bereiche angeht, liegen die Argumente auch auf der Hand. Das Kitarettungsprogramm ist gerade schon von Minister Joachim Stamp angesprochen worden.

Sie haben Eindrücke von SPD und Grünen vermittelt, sie würden der Szene helfen, kein Kind zurücklassen wollen und immer schön in der Rhetorik ein paar Hochglanzprojekte, ein paar Leuchttürme, aber in der Breite haben Sie tatsächlich den Einrichtungen nicht geholfen, haben nicht das gemacht, was Sie versprochen haben, das eine oder andere neu zu justieren, für eine auskömmliche Finanzierung zu sorgen, nicht einmal für einen Inflationsausgleich.

Deshalb haben wir die letzten Jahre im Bereich der Kindergärtnerinnen Tarifsteigerungen gehabt,

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Für die Erzieherinnen!)

die Sie in der Kindergartenfinanzierung nicht nachvollzogen haben, wo Einrichtungen unter Druck geraten sind, wo Einrichtungen gerne den Erzieherinnen und Erziehern mehr Gehalt gegönnt hätten, aber bei jedem halben Prozentpunkt Lohnerhöhung gebangt haben, weil es den Träger an den Abgrund gebracht hat.

Dann haben wir Ihnen vorgeschlagen, dass wir uns unabhängig von einer zukünftigen Debatte über strukturelle Finanzierung doch zumindest hier in diesem Hause auf einen Inflationsausgleich, auf eine Dynamisierungskomponente einigen können. Das haben Sie nicht zustande gebracht, ähnlich wie die abgewählte Ministerpräsidentin, die auch immer alles wusste, aber bei Pressekonferenzen nie sagen wollte, was sie wusste. Das hat auch Ihre Familienministerin Kampmann gemacht, die immer erklärt hat, sie wisse, was zu tun sei, und es gebe schon Pläne in der Schublade, die aber jedenfalls bis zu ihrer Abwahl dazu nichts präsentiert hat, obwohl wir sie immer wieder danach gefragt haben, wie sie sich die zukünftige Kitafinanzierung vorstellt.

Für das Land insgesamt wird alles noch teurer, wenn wir hier nicht die Chance haben, Träger zu stabilisieren. Denn an der Stelle, wo sich der Träger mit seiner Arbeit teilweise mit seinen Kostenzuschüssen herauszieht, wenn das Bistum seine Ankündigung wahr macht, hundert Einrichtungen im Ruhrgebiet mal eben zu schließen, sind das Kosten, die der öffentlichen Hand auf die Füße fallen.

Nächster Bereich: Polizei. Wir haben gestiegene Anforderungen. Da können Sie zu Recht sagen, Sie konnten die letzten Jahre nicht unbedingt wissen, wie sich Problemlagen entwickeln, als die Flüchtlingskrise noch nicht bekannt war, als internationale Entwicklungen noch nicht so absehbar waren. Das konnten wir in der Zeit vorher auch nicht.

Aber wir machen Ihnen den Vorwurf: Sie haben bislang schon sehr viel Personal verschlissen für Projekte, bei denen sich Ihr Minister Jäger inszenieren wollte, beispielsweise beim Blitzmarathon. Da ist nicht Rücksicht genommen worden auf die Frage, was fachlich geboten ist und wie die Personalausstattung der Polizei aussieht. Da ging es um Show-Aktionen.

Deshalb machen wir jetzt das, wozu Sie nicht die Kraft hatten. Die SPD hat es im Wahlprogramm, aber Sie haben keine Mehrheit mit den Grünen zusammen organisiert bekommen, 2.300 Anwärterausbildungen für Kommissare in der Polizei zu realisieren,

(Michael Hübner [SPD]: Natürlich!)

von denen wir Ihnen als SPD glauben, dass Sie es auch wollten, wofür Sie aber in der alten Regierung nicht die Kraft hatten, es im Haushalt 2017 so zu unterlegen. Ich erinnere nur an die Kommentare von Ralf Jäger, der hier gestanden und gesagt hat, er würde kaum glauben, ob überhaupt mehr als 1.500 gingen. Dann würde es ja so kuschelig in Selm-Bork. Daher würde ihm die Fantasie fehlen, wie da noch mehr gehen sollte.

Da können wir nur sagen: Wir freuen uns, dass wir Praktikerlösungen gefunden haben, wie das jetzt funktionieren wird. Deshalb realisieren wir das auch an dieser Stelle.

(Beifall von der FDP)

Wir sehen in der Tat Ausgleichsmaßnahmen für Überstunden zusammen mit einem Überstundenverfallschutz vor. Den finden wir wichtig. Deshalb haben wir auch als FDP-Landtagsfraktion in der letzten Legislaturperiode dazu Anträge gestellt. Die CDU hat das mit unterstützt, und Sie haben es abgelehnt. Nach einer ganz eindrucksvollen Expertenanhörung, wo sich ein ganz klares Bild über die Problematik ergeben hat, haben Sie es abgelehnt, an dieser Stelle zu handeln.

Nach unserem Gerechtigkeitsempfinden ist es so: Wenn man von Polizeibeamten verlangt, weil es Terrorrohungen in Einkaufszentren oder wo auch immer gibt, auch über Nacht bereit zu sein, obwohl man zwei, drei Wochenenden im Einsatz war, wieder einmal ein freies Wochenende mit der Familie abzusagen, weil man eben dann doch im Dienst ist, weil man eben aus allgemeiner Verantwortung als Landesbeamter bereitstehen muss, die Arbeit zu verrichten, dann muss aber sichergestellt sein, dass es auch eine entsprechende Abgeltung dafür gibt, dass es honoriert wird, dass sich diese erbrachte Leistung nicht noch dadurch rächt, dass sie irgendwann verfällt, sondern dass sie abgegolten wird, idealerweise mit Freizeit. Das ist eine Säule der Rückgabe.

Aber da, wo es über Freizeit nicht abgegolten werden kann, müssen wir es finanziell entschädigen und zum Dritten zu Lebensarbeitszeitkonten kommen. Dann sind viele junge Polizeibeamte vielleicht auch bereit, in jüngeren Jahren ein paar Stunden mehr zu machen, um in späteren Jahren Entlastungen zu haben.

(Beifall von der FDP)

Das ist unser Verständnis von Gerechtigkeit. Dazu waren Sie nicht einmal als selbsterklärte Arbeitnehmerpartei bereit, ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Ralf Witzel**<sup>1)</sup> (FDP): ... Arbeitnehmern einen Überstundenverfallschutz zuzusprechen. Wir machen das jetzt mit entsprechender Kompensation. Das sollten Sie unterstützen, auch für die Beschäftigten in diesem Land. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Loose.

**Christian Loose** (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Zuschauer! Der Nachtragshaushalt ist doch zunächst erst einmal positiv. Es werden 71,5 Millionen € Schulden getilgt. 71,5 Millionen €, Wahnsinn!

(Zuruf von der SPD: Das stimmt nicht!)

Allerdings hatten Sie Mehreinnahmen in Höhe von 1.420,9 Millionen €, und abgesehen von der BLB-Korrektur geben Sie das Geld mit vollen Händen aus. Einige Ausgaben, beispielsweise um Krankenhäuser zu finanzieren und die maroden Kitas endlich bei finanziellen Engpässen zu entlasten, sind sinnvoll, sehr sinnvoll. Aber ein guter Politiker – und auch eine gute Regierung – setzt Prioritäten. Sie hätten bei an-

deren Ressorts, in anderen Bereichen sparen können. Das hätte Sie ausgezeichnet, das hätte auch zu Ihren Wahlversprechen gepasst.

Nehmen wir ein kleines Beispiel, wo man hätte sparen können: Da gibt es nämlich eine ganze Menge zum Beispiel von Öko-Träumereien. Ich komme aus der Stadt Bochum. Dort werden jetzt Fahrradgaragen angeschafft. Da hätte man Fahrradgaragen für 10.000 € oder für 65.000 € nehmen können. Die für 65.000 € haben aber ein Solardach, damit die E-Bikes eventuell ein paar Mal im Jahr geladen werden können. Was also hat Bochum gemacht – 10.000 € oder 65.000 € ausgegeben? – Bochum hat natürlich 65.000 € ausgegeben, denn das Land – NRW – hat hier einen Zuschuss von 90 % gegeben.

Wenn Sie wirklich sparen wollen, dann sparen Sie bei diesen Dingen. Und es wurde natürlich nicht nur eine Fahrradgarage gekauft, sondern gleich fünf davon. Der Gesamtschaden für Bochum mit Folgekosten ist eine halbe Million Euro – und das in nur einer einzigen Stadt, gefördert vom Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der AfD)

Und übrigens haben weder CDU noch FDP in der Stadt dagegen gestimmt. Die waren alle dafür, das Geld mit vollen Händen auszugeben, da es vom Land NRW kam. Die einzige Partei, die einzige Fraktion, die dagegen gestimmt hat, war die AfD.

(Beifall von der AfD)

Oder kommen wir doch einmal zu Dingen direkt auf Landesebene. Auf Landesebene stehen 5.000 Plätze für Flüchtlinge leer – 5.000 Plätze, die aber weiterhin bezahlt werden. Das sind Kosten in Millionenhöhe – jedes Jahr. Auch hier hätten Sie einsparen können.

(Beifall von der AfD)

Das, was wir hier sehen, ist also die Weiterführung rot-grüner Politik – nur mit einem schwarz-gelben Anstrich.

Jetzt waren Sie ja bei Ihren Wahlgeschenken wenigstens geschickter als damals, als Sie den Hoteliers entgegengekommen sind. Kita, Krankenhäuser habe ich schon erwähnt. Aber gehen wir den Rest durch:

118 Personen für die Terrorbekämpfung. Wofür brauchen wir das? Was wissen Sie, was wir noch nicht wissen, was die Bevölkerung vielleicht verunsichern könnte? Was davon sind die Folgen von Merksels Grenzpolitik, und was sind die Folgen fehlender Abschiebepolitik? 8 Personen oder 12 – Sexualstraf-täter – mal so als Schau abzuschieben, ist nicht das, was dem Land wirklich hilft.

(Zuruf von der AfD: Das in ganz Deutschland!)

– In ganz Deutschland, ja. Ich glaube, drei oder vier kamen aus NRW.

Was ist mit den Kosten für Kommissaranwärter, mit den Überstunden bei Polizei und Justiz? Warum sind die denn angefallen? Was davon ist wiederum auf die Politik Ihrer Kanzlerin – von Frau Merkel -zurückzuführen?

Was ist mit den wiederholten extremistischen Anschlägen zum Beispiel beim G20-Gipfel? Wofür werden die Polizisten denn heutzutage eingesetzt? – Nicht unsere Grenzen schützen wir, wir schützen unsere Feste! Das Weinfest in Bochum wird jetzt mit Betonblöcken geschützt, damit keiner mit einem Lkw hineinfahren kann. Das brauchten wir vor zehn Jahren noch nicht. Also: Schenken Sie der Bevölkerung doch mal reinen Wein ein!

Kommen wir nun zum Haushaltsbegleitgesetz. Das erste, was uns auf den Tisch kommt, sind die Änderungen beim Risikofondsgesetz. Warum ist es nötig, da jetzt mehrere Milliarden reinzuschieben? Worum geht es überhaupt? – Es geht um die WestLB-Verfehlungen, um die Zockereien damals. 2007 hat die Abwicklung angefangen. Das war in Zeiten einer schwarz-gelben Regierung. Aber wer saß über Jahrzehnte in den Vorständen dieser WestLB? – Das waren die Genossen der SPD. Sie haben die Verfehlungen bei der WestLB und die Milliardenverluste mit zu verantworten. Wie viel sind es inzwischen? 18 Milliarden €, 21 Milliarden €, die letztendlich die Steuerzahler tragen müssen?

Was ist passiert? – Die Vorstände haben über Jahre gute Gelder kassiert – auch SPD-Genossen –, also: Privatisierung der Gewinne. Und was passiert jetzt? – Sozialisierung der Verluste. Das, meine Damen und Herren, ist keine ordentliche Politik.

(Beifall von der AfD)

Es steht jetzt zu befürchten, dass die NRW-Bank langsam in die gleiche Richtung getrieben wird wie damals die WestLB. Wir als AfD sagen nein zum Zocken mit Bürgergeld. Das können Sie privat machen – aber nicht mit unseren Bürgergeldern.

(Beifall von der AfD)

Das Fazit lässt sich hier relativ einfach ziehen: Sie wollten keinem wehtun, keinem was wegnehmen, nichts an Fördergeldern für grüne Politik- und Öko-Träumereien nehmen, denn Sie bereiten sich ja schon auf die Jamaika-Koalition im Bund vor. Wir haben hier letztendlich in NRW nur die Fortsetzung der rot-grünen Politik mit einem schwarz-gelben Anstrich. Also: Im Westen nichts Neues! – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

**Monika Düker** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, so vollmundig Sie in der Opposition, Herr Witzel, Herr Optendrenk, hier das Credo des Sparens und Schuldenabbaus gesungen haben, so mager und schmallippig waren die Aussagen gestern und heute hier in den Reden. Eigentlich gab es bis auf ein paar magere Sätze von Herrn Laschet in der Regierungserklärung gar nichts dazu, wie man denn jetzt sparen und Schulden abbauen wolle. Christian Lindner sagte dazu null, hat es also besser erst gar nicht erwähnt. Bei Herrn Lienenkämper habe ich bei der Einbringung des Nachtragshaushalts die Worte „Sparen“ und „Schuldenabbau“ ebenfalls nicht festgestellt und auch bei Herrn Moritz nicht. Also, alle Sparkommissare von einst haben irgendwie gerade so etwas wie eine

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Amnesie!)

– Amnesie – das Wort fehlte mir, danke, liebe Sigrid –, Amnesie, Totalausfall.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Moritz hat ja gerade gesagt, dass hier so etwas wie Täuschen, Tricksen, Tarnen passiert ist. Ich muss zurückgeben, Herr Moritz und Herr Witzel: In keinem anderen Politikfeld wurden von Ihnen jemals Wahlkampfaussagen und die Aussagen, die Sie damals in der Opposition getroffen haben, so schamlos und so schnell fallen gelassen und sogar ins Gegenteil verkehrt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist das Gegenteil von seriöser Politik.

Schauen wir uns die Texte doch noch einmal an. In Ihrem Wahlprogramm und in Ihrem, Herr Moritz, steht ganz klar und unmissverständlich: Alles, was neu ausgegeben wird, wird gegenfinanziert, aber nicht durch Schulden und nicht durch Mehreinnahmen, sondern durch Einsparungen. – Das ist klar und eindeutig. Warum steht das nicht im Koalitionsvertrag? Sie können noch nicht einmal sagen: „Es war die FDP, die das nicht wollte“, oder umgekehrt. Es ist deckungsgleich. Kein Wort davon im Koalitionsvertrag!

Herr Witzel, ich habe mir Ihren Wahlkampfflyer angeschaut. Sie gehen in Ihrem Versprechen ja noch weiter. Sie haben in Ihrem Wahlkampfflyer angekündigt, Sie stünden persönlich dafür, dass jeder Euro an Steuermehreinnahmen in den Schuldenabbau geht.

(Marc Herter [SPD]: Was? Privat, oder was? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ja, das stand in seinem persönlichen Flyer.

Wenn Sie das ernst nehmen würden, dann hätte mit diesem Nachtragshaushalt ein Schuldenabbau von 1,2 Milliarden € realisiert werden müssen.

(Marc Herter [SPD]: Das ist Wahlkampfgetöse in Essen!)

Nichts davon findet sich wieder.

Das Gleiche trifft auf den Ministerpräsidenten zu. Ich zitiere aus seiner Rede. In der dritten Lesung zum Haushaltsgesetz 2017 sagte Armin Laschet – ich versuche, die vorwurfsvolle Rhetorik noch einmal rüberzubringen –

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE])

sehr vorwurfsvoll:

„Selbst bei einem Höchststand der Steuereinnahmen und dem niedrigsten Stand der Zinsen haben Sie es nicht geschafft, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Das ist das, was wir Ihnen vorwerfen.“

(Zuruf von der SPD: Das war fast perfekt!)

Okay. Sie sprachen von einem Höchststand der Steuereinnahmen. Wo stehen wir jetzt? Wir haben nicht nur einen Höchststand der Steuereinnahmen. Nein, wir haben zusätzliche 1,2 Milliarden € mehr zu verzeichnen. Die Zinsen sind immer noch sehr niedrig. Das ist die Bilanz.

(Zurufe von der SPD)

Jetzt zitiere ich noch einmal:

„Selbst bei einem Höchststand der Steuereinnahmen ...“

– die sich noch einmal erhöht haben –

„... und dem niedrigsten Stand der Zinsen haben Sie es nicht geschafft, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.“

Das ist das, was wir Ihnen vorwerfen, Herr Lienenkämper.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

So einfach ist das.

Jetzt kommen die Ausreden: das sei alles nur Reparatur, das seien Buchungstricks, eine Schlussbilanz; das seien alles nur die Schulden von Rot-Grün. Sie hätten mit dem Nachtragshaushalt eigentlich gar nichts zu tun, sondern verwalteten hier nur irgendein Erbe von Rot-Grün. – Offenbar haben Sie den Gestaltungsanspruch an eine Politik schon in den ersten 100 Tagen aufgegeben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie sagen, das alles habe Rot-Grün noch zu verantworten, heißt das im Umkehrschluss, dass Sie dem ehemaligen Finanzminister Norbert Walter-Borjans vorwerfen, dass er bei der Aufstellung des Haushaltes 2017 nicht bedacht habe, dass Sie die Wahl gewinnen könnten. Gut, das mag auch zu der Zeit nicht besonders realistisch gewesen sein.

Aber es geht noch weiter. Selbst wenn er angenommen hätte, dass Sie die Wahl gewinnen, sollte er

dann wohl ahnen, dass Sie gern 300 Polizeianwärter mehr einstellen möchten. Das hätten Norbert Walter-Borjans oder der Landtag bei der Verabschiedung des Haushalts hier im Landtag ahnen sollen. Jetzt frage ich mich: Warum wir das hätten ahnen sollen? Für eine Antwort fehlt mir die Fantasie.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Sie hatten seinerzeit einen Parteitag, Herr Moritz, und Ihre Partei hatte gerade ein Wahlprogramm verabschiedet. Ich erinnere ich mich noch an einen Antrag des Kollegen Golland. Er ist in den Wahlpartei-tag gezogen und hat gesagt: Wir brauchen mehr Polizei; das muss im Wahlprogramm stehen.

Er hatte eine konkrete Zahl im Auge – ich weiß gar nicht mehr genau, wie hoch sie war –, die er ins Wahlprogramm aufnehmen wollte. Herr Golland war dann aber krank und konnte nicht dabei sein. Der damalige Generalsekretär Bodo Löttgen hat ihn beiseite genommen und hat ihm dann gesagt: Pass auf, Gregor, das packen wir an die Seite. Hier kommen keine Zahlen hinein. An solchen Zahlenspielen beteiligen wir uns nicht.

Sie haben das also gar nicht gefordert. Wie sollte dieser Landtag dann ahnen, dass Sie in einem Nachtragshaushalt 300 Polizeianwärter mehr haben wollen? Es ist doch absurd, wenn Sie jetzt von einem Reparaturnachtragshaushalt sprechen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist doch völlig absurd! Wir hätten ahnen sollen, dass Sie auf diese Idee kommen?

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Im Gegenteil! Wir haben uns klar dazu bekannt. Die SPD hat es im Wahlprogramm. Wir haben es in einem Sicherheitspapier vor der Wahl auch noch einmal ganz klar gesagt. Wir wollen die 300 zusätzlichen Polizeianwärter einstellen. Also zieht diese Ausrede schon mal nicht.

Jetzt komme ich zu den Legenden über innere Sicherheit. Was wir heute wieder alles gehört haben, war wirklich bemerkenswert. Der Minister ist nicht da, aber der Staatssekretär ist anwesend. Sie kennen doch die Fakten. Wir hätten angeblich die Sicherheit geschwächt, indem wir Personal abgebaut hätten. Das wäre alles ganz furchtbar gewesen. Tatsache ist: Wir haben in den sieben Regierungsjahren kontinuierlich die Einstellungsermächtigung für Polizeianwärterinnen und -anwärter erhöht.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Von Ihnen als Opposition gab es keine einzige Initiative, um das zu toppen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Nein. Sie haben noch nicht einmal dafür geklatscht.

Genau das Gleiche haben wir bei dem Sachhaushalt für die Polizei gemacht, Herr Witzel. Der Sachhaushalt ist auch erhöht worden. Sie wissen selbst, dass die Sicherheitspolitik auf der Strecke geblieben ist, als Sie von 2005 bis 2010 Personal abgebaut hatten. Da brauchten wir eine Weile, bis wir das wieder aufgebaut hatten. Wir hatten im letzten Jahr in allen signifikanten Kriminalitätsbereichen zurückgehende Zahlen. Am Ende war das sogar bei den Wohnungseinbrüchen der Fall, Herr Moritz. Nehmen Sie das doch mal zur Kenntnis und stellen Sie die Realität nicht immer völlig faktenfrei ganz anders dar.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Frau Kollegin Düker, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage bei Herrn Kollegen Katzidis von der CDU.

**Monika Düker (GRÜNE):** Ich würde gerne zuerst meine Ausführungen beenden. Es kann gern danach eine Intervention geben, aber ich möchte meine Gedanken jetzt zuerst mal zu Ende führen.

Nein, wenn Sie ehrliche Händler, ehrliche Kaufleute sind und alles ernst nehmen, was Sie als Opposition gesagt haben, dann müsste hier für den Nachtragshaushalt eine schwarze Null stehen.

Jetzt mache ich mal eine ganz einfache Rechnung auf. Dafür braucht man noch nicht einmal einen Taschenrechner: Im Jahr 2017 hatten wir 1,265 Milliarden € Steuermehreinnahmen und 400 Millionen € Mindereinnahmen beim Personal. Das macht zusammengerechnet 1,66 Milliarden € mehr. Was machen Sie mit dem zusätzlichen Geld?

(Bodo Löttgen [CDU]: Ihre Schulden zurückzahlen!)

– Ja, das müsste man eigentlich in die Schuldentilgung stecken. Herr Witzel müsste das in die Schuldentilgung stecken. Das hat er den Wählern versprochen.

Wenn Sie einfach das tun würden, was Sie vor der Wahl versprochen haben, könnten Sie damit die komplette Nettoneuverschuldung des Haushalts gegenfinanzieren und die schwarze Null schreiben. Aber was passiert? Sie haben 1,595 Milliarden € Mehrausgaben, um Ihre Wahlversprechen zu finanzieren.

Jetzt geht es noch weiter. Das Jahr 2018 steht vor der Tür. Herr Lienenkämper wird in der „WZ“ vom 13. September 2017 gefragt: „Wird der Haushalt 2018 ohne Neuverschuldung aufgestellt?“ – Was sagt Herr Lienenkämper dazu? – „Das werden Sie spätestens im November sehen.“

(Heiterkeit von Arndt Klocke [GRÜNE] – Zuruf: Überraschung!)

Keine Aussage! Das ist doch entlarvend, Herr Lienenkämper. Auch hier sage ich Ihnen: Wenn Sie Ihre Aussagen aus der Oppositionszeit und aus den Wahlprogrammen ernst nehmen, muss diese Antwort ganz einfach lauten: Ja, der Haushalt wird ohne Neuverschuldung aufgestellt.

Die Unterlagen lagen Ihnen doch während der Koalitionsverhandlungen vor; Kollege Börschel hat es gesagt. Im Haushaltsausschuss haben wir den ganzen Paken auf den Tisch gelegt bekommen. Sie hatten doch alle Zahlen. Dann ist doch klar, dass durch die Steuermehreinnahmen, die sich fortsetzen werden, die schwarze Null für 2018 möglich ist. Wenn Sie alles gegenfinanzieren, was Sie neu ausgeben, lautet die Antwort auf diese Frage einfach „Ja“ und nicht: Das werden Sie schon sehen. – Wir sind gespannt, wie sich das entwickelt.

Zur nächsten Amnesie, den Einsparungen: Was wurde hier nicht alles vorgestellt: ein Konsolidierungsplan 2013 – damals hieß der Fraktionsvorsitzende der CDU Karl-Josef Laumann –, Studiengebühren wieder einführen; Wiedereinführung der Kita-gebühren, also das beitragsfreie Kitajahr abschaffen; Sozialticket abschaffen; Personalabbau 10 % über alle Ressorts.

Nichts davon – ich sage dazu: Gott sei Dank! – findet sich im Koalitionsvertrag wieder.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Okay, das passt wohl auch nicht in den Bundestagswahlkampf. Sie mussten ja mitten im Wahlkampf die Koalitionsverhandlungen führen. Da kann man den Wählerinnen und Wählern so etwas wohl nicht verkaufen. – Auch hier gilt: Was schert mich mein Geschwätz von gestern?

Stattdessen haben Sie schon mal 1 Million € Umzugskosten und Umbenennungskosten für die neuen Ministerien angelegt und 139 Stellen in der Ministerialbürokratie geschaffen, um Ihre eigenen Parteigänger zu versorgen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

All das wird schon mal eingepreist. Ist auch das, Herr Lienenkämper, dass Sie 139 neue Stellen brauchen, eine Reparatur von Rot-Grün? Das finde ich ganz merkwürdig.

Was finden wir also an Einsparungen? Das bleibt sehr wolkig. Herr Laschet sagte im „Westpol“-Interview: Ja, wir wollen viele Vorschriften abbauen, und das führt dann zum Personalabbau und zu Einsparungen. – Wo denn? Welche Vorschriften, an welcher Stelle? Und wie viel Personal kann damit eingespart werden? – Fehlanzeige, Nullaussage.

Dann komme ich zu dem ganz großen Zauberwort „Digitalisierungsdividende“: 1 Milliarde €, locker zu fi-

nanzieren. Herr Lindner hat das ja auch bei der Vorstellung des Koalitionsvertrags vorgetragen. Haben wir dazu mal irgendetwas vorgerechnet bekommen?

Wir kennen ja den Fahrplan, der damals bei dem E-Government-Gesetz von Rot-Grün dargestellt worden ist. Man muss erst mal – Herr Witzel, so viel gehört zur Wahrheit dazu, das wissen Sie ganz genau – investieren, bevor man irgendwann Dividenden generieren kann. Das wird erst in einigen Jahren der Fall sein, und dann in ganz anderen Kategorien, als Sie es den Bürgerinnen und Bürgern glaubhaft machen wollen.

Nein, irgendwie gibt es bei Ihnen im Keller neben der Gelddruckmaschine offenbar auch noch eine Phrasendreschmaschine. Alles, was beim Thema „Einsparungen“ auf den Tisch kommt, bleibt bei Ihnen wolkig. Nichts wird konkret, außer – und das ist besonders schäbig – die Einsparungen am sozialen Arbeitsmarkt. Bei den Projekten für die Langzeitarbeitslosen werden ein paar Milliönchen gekürzt. Schäbig ist das, erbärmlich, aber keine wirklich nachhaltige Finanzpolitik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mein Fazit: Dieser Wahlsieg wurde gerade in der Haushalts- und Finanzpolitik mit sehr unredlichen Mitteln – man könnte auch sagen: mit Betrug – erreicht. Denn all das, was Sie da gesagt haben, zählt jetzt nicht mehr – und das innerhalb von 100 Tagen. Was mich daran am meisten ärgert, ist nicht nur, dass Herr Optendrenk und Herr Witzel irgendwie ein bisschen bescheuert dastehen,

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

weil sie das alles gesagt haben. Das ist für sie auch megapeinlich. Nein, was mich besonders ärgert, ist, dass Sie hierbei der politischen Kultur geschadet haben. Denn das Prinzip „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?“ trägt zur Politikverdrossenheit in unserem Land bei und damit auch zur Demokratieverdrossenheit.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Und das haben auch Sie mit zu verantworten! Etwas mehr Glaubwürdigkeit, etwas mehr Redlichkeit bitte! Das hat auch etwas damit zu tun, dass unsere Demokratie funktionieren muss. Mit dieser Politik gelingt das jedenfalls nicht. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Monika Düker [GRÜNE] schickt sich an, das Redepult zu verlassen.)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Frau Kollegin Düker, hallo! Sie hatten ja die Kurzintervention geradezu provoziert.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ja, gerne!)

Aber sie kommt jetzt nicht von Herrn Kollegen Katzidis von der CDU-Fraktion, sondern von Herrn Kollegen Witzel. – Herr Witzel, sitzen Sie auf dem Platz von Herrn Kollegen Lürbke?

(Ralf Witzel [FDP]: Nein, auf meinem Platz!)

Ein Mikro ist jetzt freigeschaltet. Bitte schön.

**Ralf Witzel** (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich sitze auf dem Platz, der mein Namensschild trägt.

(Zuruf von der SPD)

Frau Kollegin Düker, Sie haben mich persönlich angesprochen und Redlichkeit eingefordert.

Deshalb möchte ich Sie Folgendes fragen: Nehmen Sie erstens zur Kenntnis, dass Rot-Grün in der 13. Legislaturperiode massiv die Ausbildungskapazitäten der Polizei zurückgefahren hat auf den historischen Tiefststand von 500 Anwärterstellen, dass diese 500 Stellen dann in der 14. Wahlperiode von Schwarz-Gelb mehr als verdoppelt worden sind auf 1.100 Stellen und dann in der Tat in der 16. Wahlperiode die zweite Verdoppelung erfolgt ist – von allen Fraktionen hier im Haus getragen – auf die etwas über 2.000 Stellen, die wir zuletzt hatten?

(Zuruf von der SPD: Wie haben Sie beim Haushalt abgestimmt?)

Frau Düker, teilen Sie zweitens meine Einschätzung, dass es auf Nettozahlen ankommt und es nicht ausreicht, sich nur Anwärterzahlen anzuschauen, sondern dass man auch die Pensionierungszahlen der altersbedingten Abgänge berücksichtigen muss? Wenn Sie dann feststellen, dass die Prognose für das Jahr 2017 bei der Polizei bei minus 35 netto liegt und bis zum Jahr 2019 noch mal bei minus 16 – wo sind dann über Nacht die Handlungsmöglichkeiten einer neu gewählten Mehrheit?

**Monika Düker** (GRÜNE): Wie viel Zeit habe ich? Eine Minute 30 Sekunden?

**Vizepräsidentin Carina Gödecke**: Sie haben zur Reaktion auf die Kurzintervention 1 Minute 30 Sekunden. – Aber Sie hätten auch noch Redezeit – 1 Minute 43 Sekunden –, die ich Ihnen in einer weiteren Runde geben könnte.

**Monika Düker** (GRÜNE): Können wir das verrechnen?

**Vizepräsidentin Carina Gödecke**: Nein, das können wir nicht verrechnen, und das können wir auch nicht addieren,

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf von Michael Hübner [SPD])

so gerne Sie das wollen. Aber das geht nicht.

**Monika Düker** (GRÜNE): Herr Witzel, Ihr Pech ist, dass ich gerade, was das Thema „Polizei und innere Sicherheit“ angeht, ein sehr gutes Gedächtnis habe und das schon ein paar Jahre mache.

Deswegen zur Legendenbildung: In der Legislaturperiode von 2000 bis 2005, die Sie angesprochen haben, hatten wir etwas gemacht, was nicht gerade bequem war, was aber zu Einsparungen führen sollte: die Erhöhung der Lebensarbeitszeit und der Wochenarbeitszeit. Das haben wir nicht getan, um die Menschen zu quälen, sondern um ein Äquivalent an Personal abzubauen. Das Äquivalent ergab bei der Polizei einen Stellenumfang von über 2.000 Stellen.

(Christof Rasche [FDP]: Unglaublich!)

Diese Stellen haben wir nicht alle realisiert, sondern nur einen Teil mit einer Reduzierung der Einstellungsermächtigung. Deswegen ist das keine Stellenkürzung, sondern durch die Maßnahmen bei ...

(Zuruf von der CDU)

– Ja, ja, Sie haben gesagt, Sie machen das alles rückgängig. Vor allen Dingen auch das mit der Wochenarbeitszeit haben Sie dann ...

(Zuruf von der CDU)

– Egal. – Dann kamen Sie an die Regierung. Und womit haben Sie damals, also 2005, die Wahl gewonnen? Auch mit einem Versprechen, das Sie nicht gehalten haben. Sie haben gesagt: Wenn wir an die Regierung kommen, verdoppeln wir sofort die Einstellungsermächtigungen von 500 Einstellungen auf 1.000. So, und was passierte im Haushalt 2006? 1.000? – Nein, 500. Was passierte im Haushalt 2007? 1.000? – Nein, 500. Nachdem Sie den Druck bekommen haben – „Versprochen, gebrochen“ –

(Zuruf von der FDP: Ihr habt doch reduziert!)

haben Sie dann im Jahr 2008 eine Erhöhung vorgenommen.

(Zurufe von der CDU)

Diese zwei, drei Jahre, in denen Sie diese niedrigen Einstellungsermächtigungen hatten, hängen uns jetzt noch nach, weil Sie damit den Gesamtpersonalkörper ins Minus gefahren haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Das ist unglaublich! – Weitere Zurufe)

Sie sind dann bei 1.000 geblieben. Sie haben Ihr Wahlversprechen nicht sofort eingehalten.

(Unruhe)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke**: Frau Düker!



**Monika Düker** (GRÜNE): Mit der Regierungsübernahme von Rot-Grün haben wir daran gearbeitet, diese Einstellungsermächtigung kontinuierlich zu erhöhen. Zum Schluss haben wir

(Anhaltende Unruhe)

mit Blick auf die Demografieproblematik vorausschauend mehr Personal aufgebaut.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Frau Düker, die Redezeit ist überschritten.

**Monika Düker** (GRÜNE): Das Problem war, dass wir eine Lücke hatten, die Sie und nicht wir zu verantworten haben. Zur zweiten Frage kann ich jetzt nicht mehr kommen, das war etwas zu komplex.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Ja, das ist so, aber so sind die Regeln hier im Haus. – Vielen Dank.

Nach dieser Kurzintervention habe ich weitere reguläre Wortmeldungen: Bei uns hier vorne sind Stefan Zimkeit für die SPD-Fraktion und Herr Kollege Pretzell für die AfD-Fraktion angemeldet. Weitere Wortmeldungen liegen im Moment nicht vor. Dann hat jetzt Herr Zimkeit das Wort.

**Stefan Zimkeit**<sup>3</sup> (SPD): Ich bin jetzt etwas überrascht. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme einmal an, dass das Schweigen des Finanzministers zu den zahlreichen Vorwürfen der Rednerinnen und Redner hier seine Zustimmung signalisiert, weil er ansonsten ja seine Gegenpositionen vertreten hätte. Das überrascht mich jetzt schon etwas.

(Beifall von der SPD)

Es bleibt aber dabei: Dieser Nachtrag ist ein Dokument des Scheiterns an den eigenen Ansprüchen, wie das CDU und FDP immer formuliert haben. Bei Herrn Lienenkämper ist es ein politisches Scheitern an den Ansprüchen seiner Fraktion; bei Herrn Witzel ist es ein persönliches Scheitern an dem, was er hier immer von diesem Pult aus vorgetragen hat.

Herr Witzel, Sie sind der König der Wortprotokolle, die Sie immer eingefordert haben. Ich würde Ihnen nahelegen, Ihre Redebeiträge in all diesen Wortprotokollen nachzulesen und mit dem zu vergleichen, was Sie heute hier gesagt haben. Dann wäre bei Ihnen nämlich demütiges Schweigen angesagt.

(Beifall von der SPD)

Sie haben früher keine einzige Rede zur Haushaltspolitik gehalten, in der nicht das Wort „Rekordsteuereinnahmen“ vorgekommen ist. Komischerweise

fehlte das heute – ein Schelm, der Böses dabei denkt.

(Zuruf von der SPD: Ja, allerdings!)

Sie werden Ihren Ansprüchen nicht gerecht; das kann man an mehreren Stellen nachvollziehen. Sie haben immer gesagt – das wurde von Ihnen gerade in eindrucksvoller Weise in der Kurzintervention unwidersprochen gesagt –: Jeder Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen zur Schuldentilgung. – Was passiert? Das Gegenteil passiert.

Sie haben natürlich vollkommen recht: Man muss die Nettozahlen betrachten, und die Nettozahlen dieses Nachtragshaushalts lauten minus 1,5 Milliarden. Angesichts Ihrer Versprechungen ist das ein Skandal.

(Beifall von der SPD)

Zur Frage der Stellenaufwuchse wurde schon viel gesagt. Auch dazu haben Sie immer gesagt: Bürokratieabbau, keine Stellen für die Ministerialbürokratie. Sie machen aber genau das Gegenteil.

Erwähnt worden ist es bereits; aber ich will es wiederholen, weil es ein Skandal ist, welche Richtung diese Landesregierung – wie ich befürchte – vorgegeben wird, wenn die Bundestagswahlen vorbei sind. An einem Punkt ist in diesem Haushalt entgegen aller Versprechungen gespart worden, und das ist der soziale Arbeitsmarkt. Das ist das, was uns nach der Bundestagswahl erwartet, wenn Sie Ihre Vorhaben ehrlich auf den Tisch legen. Es soll wieder versucht werden, den Haushalt mit Sozialkürzungen zu sanieren. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind Ihre Vorhaben, die Sie uns jetzt noch verschweigen wollen.

Dann wurde hier von den Haushaltstricks gesprochen. Der erste große Haushaltstrick zur Umgehung der Schulendbremse ist Ihre Kreditermächtigung für den WestLB-Risikofonds.

(Beifall von der SPD)

Sie stellen sich hier hin und sagen: Das ist notwendig, um das Risiko abzuwenden. – Nein. Finanzieren Sie einfach – wie Sie es immer gefordert haben – auch diese Belastungen aus dem Haushalt, ohne sich einen zusätzlichen Nebenhaushalt hinzustellen. Das wäre ein ehrlicher Umgang damit. Sie aber tun auch hier das Gegenteil von dem, was Sie immer gefordert und versprochen haben.

Wirklich interessant ist, worum es Ihnen dabei geht. Es geht Ihnen nämlich gar nicht um angebliche Trickereien, die keine sind, weil Sie im gleichen Atemzug mit den Trickereien, die Sie vermeintlich gesehen haben, immer auch was anderes genannt haben, und das ist das Programm „Gute Schule 2020“.

Wenn Sie beides für eine Trickerei halten, warum schaffen Sie dann nicht beides ab und lösen das mit dem Nachtragshaushalt? Ich will es Ihnen sagen: Die

Operation BLB legt Ihnen ein Polster an; über 300 Millionen € in den Haushalt 19/20 zur Haushaltsverbesserung. Deswegen tun Sie es! Bei „Gute Schule 2020“ würde es eine Belastung des Haushalts bedeuten, und deswegen tun Sie es da nicht. Das sind Ihre Trickereien, um sich künftig besserzustellen.

(Beifall von der SPD)

Herr Moritz, wenn Sie dann sagen: „Im Landesrechnungshof wird von Trickereien gesprochen“, ist das schlicht und einfach unwahr. Das Wort „Trickereien“ oder etwas Ähnliches kommt nicht vor. Es steht da, was wir immer gesagt haben: Es belastet den Haushalt, ja, aber es entlastet den BLB und macht ihn handlungsfähiger. Etwas anderes haben wir nie gesagt. Wenn Sie aber sagen: „Der Landesrechnungshof spricht von Trickereien“, ist das die Unwahrheit. Das kommt noch nicht einmal in anderen Wortmeldungen vor, und es zeigt, dass Sie offensichtlich falsch zitieren.

Noch etwas fehlt: Sie haben die Kommunen immer in den Vordergrund gestellt, auch Sie in Ihrem Redebeitrag, Herr Minister. Sie haben den Kommunen immer versprochen, sofort etwas zu tun, um die Belastungen im Zusammenhang mit der Integration abzumildern und ihnen dabei zu helfen. Genau dafür sind jetzt die Handlungsspielräume durch zusätzliche Steuereinnahmen vorhanden.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit!

**Stefan Zimkeit<sup>\*)</sup>** (SPD): Sie tun es aber nicht. Sie brechen noch ein Versprechen. Hier wurde angekündigt, man wolle mit Nordrhein-Westfalen wieder auf Platz eins. Tatsächlich sind Sie jetzt schon auf Platz eins der gebrochenen Wahlversprechen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU:  
Oh!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Pretzell.

**Marcus Pretzell** (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst mal eines geraderücken. Da geht es um Begrifflichkeiten. Heute ist viel von Rekordsteuereinnahmen und von Mehreinnahmen die Rede, und alle freuen sich darüber. Tatsächlich haben Sie den Menschen, den Bürgern mehr als 1 Milliarde € mehr aus den Taschen gezogen. Das ist die Wahrheit. Das ist die Wahrheit der Bürger außerhalb dieses Plenarsaals.

(Beifall von der AfD)

Wir reden heute viel über Altlasten aus den vergangenen Jahren. Wir reden darüber, wie man Geld, das

einem jetzt in den Schoß fällt, verteilt. Mehr, liebe Damen und Herren von der Regierung, fällt Ihnen dazu derzeit auch nicht ein.

Wir haben uns häufig anhören müssen, wie schwer es der AfD fiele, sich an die neue Rolle im Landtag zu gewöhnen. Aber, meine Damen und Herren von der neuen Regierung, wie schwer es Ihnen fällt, sich an Ihre Rolle in der Regierung zu gewöhnen – nein, ich meine nicht die Dienstwagen und die gemütlichen Sessel; ich meine Ihre Aufgaben, die Sie tatsächlich wahrzunehmen haben –, beobachten wir hier Tag für Tag und jetzt schon viel zu lange.

(Beifall von der AfD)

Herr Finanzminister, wenn Sie besonders stolz darauf sind, dass Sie die Kommunen bei den Unterhaltsvorschüssen entlasten, weil Sie jetzt eine hälftige Teilung vornehmen, die Sie für gerecht, für adäquat halten, mag das Ihre ganz persönliche Sichtweise sein. Ja, die Kommunen haben in der Tat früher mehr zu tragen gehabt, nämlich 80 %.

Aber auf eines möchte ich an dieser Stelle noch einmal hinweisen: Es gibt eine Anrechnung der Unterhaltsvorschüsse auf Hartz IV, sodass sich vor allem der Bund die Hände reibt, weil nämlich hauptsächlich der Bund entlastet wird. Die Kommunen werden eben nicht bessergestellt; denn bislang galt, dass Unterhaltsvorschüsse bis zum 12. Lebensjahr gezahlt werden, jetzt geht es bis zum 18. Lebensjahr. Bislang galt eine Begrenzung auf 72 Monate, und auch diese Begrenzung gibt es nun nicht mehr. Das heißt, Sie fangen einen Teil der Mehrkosten, die bei den Kommunen anfallen, wieder auf, aber Sie stellen mitnichten die Kommunen besser.

(Beifall von der AfD)

Herr Finanzminister, das hat mit Maß und Mitte nichts zu tun, das ist mittelmäßig.

(Beifall von der AfD)

Wir haben einen Landeshaushalt, der genau genommen von vier Parteien aus diesem Parlament zu verantworten ist. Wir haben einen rot-grün-schwarz-gelben Landeshaushalt. Es ist ganz lustig und amüsant, sich die vergangenen Redebeiträge dazu anzuhören. Sie schieben sich hier wechselseitig die Verantwortung zu. Das verstehe ich. Aber Sie haben 139 Beamte versorgt. Sie machen sich gemeinsam den Staat zur Beute – die einen vor der Wahl, die anderen nach der Wahl. Einen Unterschied in Ihrem Handeln kann ich dabei leider nicht erkennen.

(Beifall von der AfD)

Da verstehe ich auch, dass man, wenn das Stück vom Kuchen langsam schrumpft, anfängt, ausfällig zu werden und von „Geifer und Gosse“ spricht. Das sagt mehr über die eigene Herkunft als über die AfD-Fraktion aus.

(Beifall von der AfD)

Sie alle betreiben an dieser Stelle eine unredliche Debatte. Hier schimpft ein Spitzbube den anderen einen Lumpen, und Sie glauben, damit die Bürger in diesem Lande vor der Bundestagswahl irreführen zu können. Nein, meine Damen und Herren, die Bürger im Lande wissen genau, wer für dieses Haushaltsdesaster nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch an anderer Stelle verantwortlich ist. Und das sind Sie allesamt gemeinsam!

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke schön, Herr Kollege Pretzell. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt offensichtlich auch so. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar erstens über die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/538**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung dieses Gesetzentwurfes federführend an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, den Gesetzentwurf auch an die folgenden Ausschüsse zur Mitberatung zu überweisen: an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**, an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**, an den **Innenausschuss**, an den **Rechtsausschuss** sowie an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**.

Möchte jemand gegen diese erweiterte Überweisungsempfehlung stimmen oder sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Wir stimmen zweitens ab über die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/539**. Hier empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung des Gesetzentwurfes ebenfalls federführend an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Auch hier gibt es eine Verständigung aller fünf im Landtag vertretenen Fraktionen, nämlich dergestalt, dass der Gesetzentwurf auch an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen** sowie an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** überwiesen werden soll. Möchte jemand gegen diese erweiterte Überweisungsempfehlung stimmen oder sich enthalten? – Beides ist auch hier nicht der Fall, sodass wir auch hier entsprechend überwiesen haben.

Wir sind damit am Ende von Tagesordnungspunkt 2.

Ich rufe auf:

### 3 Nordrhein-Westfalen benötigt dringend eine neue Denkmalförderung

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/523

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Schruppf das Wort.

**Fabian Schruppf (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von Johannes Rau stammt folgendes Zitat:

„Denkmalpflege ist kein Luxus, den wir uns in guten Zeiten gönnen und den wir bei knapper Kasse beliebig zurückfahren oder ganz bleiben lassen können.“

Da hatte er vollkommen recht. Es ist die fortwährende politische und kulturelle Verpflichtung aller Verantwortlichen, das verbliebene baukulturelle und archäologische Erbe unseres Landes zu sichern und zu erhalten.

(Beifall von der CDU)

Große Anstrengungen sind dazu in den vergangenen Jahren unternommen worden. Viel ehrenamtliches Engagement ist dabei eingebracht worden. In vielen Städten und Gemeinden unseres Landes bilden Denkmäler einen wichtigen Teil ihres Gesichts. Sie sind damit für die Menschen identitätsstiftend. Ja, sie sind ein wichtiger Teil unserer Heimat. Der Tag des offenen Denkmals am vergangenen Sonntag hat uns alle an die kulturellen Schätze unseres Landes erinnert.

Persönlich darf ich mich heute zum ersten Mal zu diesem Thema äußern, das bereits in vielen Plenardebatten und Ausschusssitzungen – zuletzt im Plenum im März dieses Jahres – intensiv diskutiert wurde. Im März haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, unseren Antrag zu einer Neuausrichtung der Denkmalförderung abgelehnt.

Bereits mit diesem Antrag forderte die CDU gemeinsam mit der FDP die damalige rot-grüne Landesregierung auf, den Verpflichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen aus Art. 18 der Landesverfassung und den §§ 36 und 37 des Denkmalschutzgesetzes NRW endlich nachzukommen, indem Sie Ihre Fehlentscheidung der Absenkung korrigieren und die Mittel für die Denkmalpflege wieder deutlich auf das Niveau des Jahres 2009 anheben.

(Beifall von der CDU)

Nur zum Vergleich: Die Denkmalförderung lag unter der damaligen unionsgeführten Landesregierung zuletzt bei 12,2 Millionen €. 2016 waren es unter Rot-Grün am Ende gerade einmal 1,7 Millionen €.